

Christof Sziegeleit

An die Abgeordneten des Landtags in Schleswig-Holstein

Aufhebung des Zahlungszwangs „Rundfunkbeitrag“, Amnestie und Schuldenerlass für Zahlungsrückständige, sofortige Schaffung eines Opt-Out, dann Neukonzeption ÖRR

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrter Abgeordneter,

öffentlich-rechtlicher Rundfunk (ÖRR) ist Ländersache. Nach nun sieben (7) Jahren **Rundfunkbeitrag** ist es Zeit für eine Rückschau und Zäsur. Tatsächlich wurde mit der Einführung des Rundfunkbeitrag zum 01.01.2013 ein dramatischer gesellschafts-politischer Bruch vollzogen.

Die Konsequenzen des „neuen“ Finanzierungsmodells sind weitreichend. Nach innen findet Massenverfolgung und die Zerstörung des für jede Demokratie essentiellen Informations- und Debattenraums statt. Nach außen werden durch das Programm und das Finanzierungsmodell des ÖRR Aversionen geschürt und Handelsbarrieren völlig neu definiert.

Der ÖRR ist Staat-im-Staate sowie Nukleus und Treiber eines **neuen** – demokratie-zersetzenden – **Herrschaftsmodells**.

I. Käuflichkeit / Compliance / Korruption

Seit Jahren kauft der ÖRR alles, was ihm dienlich ist: Initiativen, Feiereinrichtungen, PR-Dienstleister, sog. wissenschaftliche Institute, Gutachter und Richter, insbesondere auch Verfassungsrichter des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG). Es sind Merkmale Demokratie-zerfressender **Korruption** festzustellen. Die Gewalten sind faktisch zu einem symbiotischen Eins verschmolzen. Es gilt das Primat: Macht-gegen-Geld.

II. Abgabenrecht bis zum Urteil des BVerfG

a. Das vom ÖRR beauftragte und bezahlte Gutachten „Finanzierung des ÖRR“, 2010, des Ex-Verfassungsrichters und Merkel-Vertrauten Prof. Paul Kirchhof führte unter voller Kontrolle der Rundfunkanstalten zum 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (RÄndStV). Bereits das Gutachten basierte auf schwere sachliche und fachliche **Fehler** und diente nie der Finanzierung eines besseren Programms, sondern der Sicherung von Privilegien und dem Ausbau von Macht.

Politiker und Parteien, die sich gegen das „Bereicherungs- und Unterdrückungsgesetz“ stellten und gegen die Annahme des 15. RÄndStV stimmten, wurden systematisch **abgestraft**. Die Bürger wurden **entmündigt**. Das **Grundrecht** auf Wohnen löste den Zahlungszwang für den ÖRR aus. Ausnahmen wurden abgeschafft, die Zahlen zu Befreiungen und Reduzierungen abgesenkt. Über € 1,6 Milliarden Mehreinnahmen basierten auf einer krassen Lüge. Das neu geschaffene Daten-Repository schaffte die Voraussetzung zu **Massenverfolgung**: Etwa 25 Millionen Maßnahmen, 4,9 Millionen Vollzugsverfahren, 1,4 Millionen abgeschlossener Vollzugsverfahren werden Jahr für Jahr exekutiert. Es gab **Inhaftierungen**.

Mit seinem Urteil zum Rundfunkbeitrag vom 18.07.2018 erklärte der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) den Rundfunkbeitrag für Zweitwohnungen für **verfassungswidrig**, zerstörte aber den plausiblen Zahlungsgrund und alle Maßzahlen für die Ableitung einer **gerechten** Abgabenlast. Der **Willensentschluss** der Bürger wurde **eliminiert**.

In die **unternehmerischen Freiheiten** wurde **brutal** hineingequetscht.

b. Das BVerfG schuf zudem eine neue Daseinsberechtigung für den ÖRR als „**Orientierungshilfe**“. In seiner neuen Rolle kann der ÖRR lt. Urteil zur **Verhaltenslenkung** finanziert werden! Die Rolle wurde ursprünglich von einem Verfassungsrichter ohne jede fundierte, nachvollziehbare Erkenntnisbasis ersonnen. Der gleichzeitig erfolgte **Eingriff**, die **private Presse** unter das Rechtsgebiet des ÖRR zu stellen, ist ein weiterer Affront gegen die Freiheit, bezahlt vom ÖRR, der dafür ein Finanzierungsmodell jenseits jeglicher parlamentarischer Kontrolle haben sollte.

Zusammen mit dem **totalitären** Wirkauftrag aus dem RStV § 11 und dem vom MDR beauftragten und bereits in der ARD implementierten **Framing-Manual** wurde dem ÖRR die Tür zu einer **psycho-faschistoiden Wahrheits-Institution** geöffnet, die auf Denk-, Meinungs- und Verhaltensannahmen wirken soll. Der massive Angriff auf Identitäten ist politisch induziert.

Mit dem Urteil des BVerfG wurden die rechtlichen, finanziellen und organisatorische Voraussetzungen für eine neue **totalitäre Staatsform** geschaffen. In dessen Zentrum steht der ÖRR.

III. Innenwirkung

Das Primat „**Macht gegen Geld**“ wirkt wie ein aggressiv metastasierendes Krebsgeschwür. Aus einer „kranken“ Institution heraus, wird Demokratie zerfressen. Der ÖRR ist die Inkarnation der **Angst-Kultur** und die **größte #MeToo-Institution** in Deutschland! Die Deutsche Welle (DW) ist lt. Medienbericht ein Hort von **Sexismus, Rassismus** und **Unterdrückung**.

Die KEF identifiziert beim ÖRR seit Jahren **schwerste Defizite**, die gar nicht oder nur extrem zögerlich bearbeitet werden. Programmbeschwerden sind wirkungslos. Menschen, die Kritik üben, werden mit **Methoden des Faschismus** verunglimpft.

Der starke Einfluss des ÖRR auf das deutsche Agenturgeschäfts – dpa – ist ein Grund für die Gleichschaltung der Medien. Beteiligungsverhältnisse, Presserecht und der psycho-faschistoiden Rollenzuschnitt machen die stete Verpressung hochemotionalisierter, monothematischer Fragmente erst möglich. Aus Herrschaftsmeinung heraus werden Denk-, Meinungs- und Verhaltensvorgaben postuliert. Diese werden den Bürgern in Wellen aufoktroiert, deren angebliche Richtigkeit dann durch betrügerische Umfragen gestützt werden. Die „Wahrheiten“ und Realitäten der Bürger, der Wissenschaften, der guten Empirie sind jedoch andere.

Die jüngste – mit dem euphemistischen Begriff „Doppelte Widerspruchslösung“ etikettierte – Regierungsaktion zur „erschlichenen“ Organentnahme markiert den Einstieg in einen **okkulten Faschismus!** Der ÖRR spielte dabei wieder die zentrale Rolle, wesentliches zu verschleiern und brutale Wirtschaftsinteressen über moralischen Verhaltensdruck zu bedienen. Dass der Vorstoß letztlich diesmal noch nicht durchgesetzt wurde, ist nur einigen Mitgliedern der Zivilgesellschaft zu verdanken.

In „Hinterzimmern“ werden die politischen und gesetzgeberischen Maßnahmen vereinbart und mittels der perfiden Methoden u.a. des ÖRR öffentlich verankert. Allen Vorhaben, egal ob bei erzwungene Korrekturen (z.B.: verfassungswidriges Hartz-IV), konkreten gesetzgeberischen Vorhaben (z.B. Dammbrech: Digitales Versorgungsgesetz, (DVG)) oder bei den Datenzugriffsgesetzen (z.B.: Passwortzugriff bei „Hass“), ist eins gemeinsam: GroKo eliminiert die Freiheit!

IV. Aussenwirkung

Im Kontext zunehmender Handelskonflikte stellt der Zwangsbeitrag eine erhebliche Gefahr dar, denn es handelt sich faktisch um eine ethisch-moralische und finanzielle Barriere besonders perfider Art.

Der ÖRR diskriminiert mit überbordenden Hybris systematisch ausländische Repräsentanten, Staatsoberhäupter und ganze Gruppen von Nationen. Wie u.a. Puigdemont, Orbán / die Visegrád-Staaten, Salvini, May / Johnson, Putin und Trump vom ÖRR ge covert werden, macht fassungslos, es schadet Bürgern und der Nation. Schlimm: die Berichte haben oftmals mit den

tatsächlichen Ereignissen nichts zu tun. Wer sich nicht international informiert, ist korrumpiert. Die Sendungen des ÖRR stehen für einen „Neo-Exkrementalismus, der jeden und alles nach Belieben negativ konnotiert, was nicht herrschender Ideologie entspricht. Menschen anderer Kulturen werden systematisch beleidigt und verletzt. Die Bürger werden durch die psychofaschistoiden Frames und Filter des ÖRR aufgehetzt und in erhebliche Gefahr gebracht.

Im Ausland ist man fassungslos. Unternehmen, Geschäftsleute und Besucher werden hier zum Zahlungszwang verdonnert, nicht aber für die einstigen Kardinalleistungen – Programm-erstellung und -versendung –, sondern nun, weil sie angeblich Vorteil durch die Option des Empfangs hätten. Wer noch lachen kann, zeigt den Deutschen einen Vogel! Und wer dann anschaltet, sieht „Du hinterrottziges Arschloch“, den „Rektalfick“ oder „Trump, Putins Marionette“. Die dynamische Ausbreitung des Neo-Exkrementalismus verunsichert. Rundfunk ist ein **Freiheitsgut** und kein diskriminierendes Zwangsgut. Das System setzt nahtlos an den Praktiken des NS-Regimes an. Im Ausland hat man wieder **Abneigung** und vor allem: **Angst** vor Deutschland. Was haben Sie nur angerichtet?

Deutschland hat – so heisst es – vierzig (40) Jahre lang massiv von der Globalisierung profitiert. Unternehmen und Gesellschaften haben von Preis- und Kostendifferentialen profitiert. Gleichzeitig haben sich Unternehmen neue Absatzmärkte erschlossen. Aus Versorgungsketten sind komplexe Wertschöpfungsnetzwerke, die Welt zum Dorf, die Nationen internationaler geworden.

Politik hat hingegen über Jahrzehnte Fehlentscheidungen getroffen. Dass Regierungsarbeit heute in seiner ganzen Breite Bereicherung, Plagiarismus, Lobbyisten-Hörigkeit, Kriegsgeilheit (statt solide Verteidigung), Betrug, Enteignung, Verarmung, Chancenlosigkeit, Bevormundung und Verhaltenssteuerung bedeutet, verunsichert Bürger. Im Konkreten, auf der Sachebene, gibt es selbst im Kleinsten scheinbar keine vernunfts- und sachbasierten Handlungskompetenzen mehr.

All das führt zu schweren kognitiven Dissonanzen und Vertrauensverlust. Die Situation in den östlichen Bundesländern reflektiert das Ergebnis dreissig-jähriger – maßgeblicher – GroKo-Arbeit. ÖRR ist für die Regierung zum Motor gesellschafts-politischer Transformationsprozesse mutiert, bei dem Schritt für Schritt Individuen, einst freie Subjekte, zu Objekten transformiert werden, die es zu bewirtschaften gilt. Das manifestiert das Wirken des ÖRR auf das DVG und Organspenden.

Heute steht Deutschland an einem „Inflection- oder sogar Kippunkt“. Bei erstem gibt es mehrere Handlungs-Optionen beim Zweiten geht es bergab, weil das bekannte nicht mehr funktioniert, ohne dass klare Alternativen bereits entwickelt wären. Beispielhaft sei der Nobelpreisträger Prof. Joseph E. Stiglitz dem Sinn nach zitiert: Offene Handelsverträge wie TTIP und Klimaschutz schliessen sich gegenseitig aus! Und: Was nun? Wir brauchen Innovation auf allen Ebenen. Die Bürger, alle gesellschaftliche Gruppen und natürlich Unternehmen müssen eng in einen Diskurs, Strategiefindung und Umsetzung mit eingebunden sein. Innovation braucht **Freiheit**, Motivation, Kompetenz. So, wie **Sie** mit dem 15. RÄndStV die Weichen gestellt haben, steuert Deutschland jedoch auf einen **okkulten, psycho-faschistoiden Totalitarismus** zu! Dieser steht den Notwendigkeiten ethischer, kooperativer, erfahrungsbasierter, kompetenter Sacharbeit diametral entgegen. Der Abschied vom Erbe der Aufklärung hat Deutschland schon einmal das Genick gebrochen.

Handeln Sie umgehend. Beenden Sie die Korruption! Lösen Sie das feudal-faschistoide #MeToo-Konstrukt „System ÖRR“ auf! Heben Sie den Zahlungszwang auf! Beschließen Sie eine Amnestie und den Schuldenerlass für Zahlungsrückständige. Schaffen Sie ein sofortiges Opt-Out. Geben Sie den Bürgern ihre Freiheit zurück und schaffen Sie dann einen neuen funktionierenden Informations- und Debattenraum! Wir haben keine Zeit mehr!

ICH KANN FÜR DAS SYSTEM ÖRR – WIE MILLIONEN EHRLICHER BÜRGER – NICHT ZAHLEN!

Einige Gründe werden nachfolgend genannt. Für Rückfragen und Anmerkungen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung. Über ein persönliches Gespräch mit Ihnen würde ich mich freuen.

Mit freundlichen Grüßen
gez.
Christof Sziegoleit

Anlagen I., II., III.

TOP I.: Rahmenbedingungen „freier“ Parlamentarier und Parlamentarierrinnen

Das Thema ÖRR ist komplex, die Kompetenzträger nach Art 70 GG werden aus zentralen Entscheidungen herausgehalten. Wer gegen den ÖRR handelt, riskiert die Karriere.

1. Trojaner

Fraktionen und die Parlamente sind in praxi nicht von ungebundenen, freien Volksvertretern besetzt. Im Rahmen üblicher Mandatszuweisungen wurden tatsächlich pyramidale, hierarchische Entscheidungsstrukturen geschaffen. In der Regel wird den Vorgaben gefolgt. Sie haben Medienvertreter bestimmt, die auch den Komplex ÖRR monitoren und bearbeiten. Oftmals sind diese Personen eng mit den Gremien des ÖRR verbunden oder kommen sogar aus dem Umfeld oder System des ÖRR. Sie stellen die Gruppe der sog. Trojaner.

2. Entmündigte Legislative

Bei gemeinsamen Rechtsvorhaben der Länder spielen abgestimmte Staatsverträge eine zentrale Rolle. Die Staatsverträge werden in den üblichen Verfahren von den Ministerpräsidenten vorbereitet. Im zentralen Fall zum Rundfunkbeitrag wurden die parlamentarischen Fachgruppen nur bedingt eingebunden und dann von den Trojanern dominiert. Im konkreten Fall des 15 RÄndStV, der zum Rundfunkbeitrag führte, hatte Kurt Beck (SPD) als Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder die Koordination zur Legislativarbeit inne. Er hat die Arbeit jedoch nicht an die Parlamente verwiesen, sondern den ÖRR beauftragt, ein neues Finanzierungsmodell zu entwickeln. **Das war so, als „wäre einer „Clique von Süchtigen“ der Schlüssel zu Drogendepot übergeben worden“.** Unter Leitung des Chefs der Juristischen Kommission der ARD, Dr. Herrmann Eicher, wurde dann der Merkel-Vertraute und Ex-Verfassungsrichter Prof. Paul Kirchhof beauftragt, ein Gutachten zur zukünftigen Finanzierung zu erstellen. Für seine Arbeit wurde er **umfassend vom ÖRR bezahlt**.

Nach Unterzeichnung durch die Ministerpräsidenten bis Ende 2010 wurde der 15. RÄndStV von den Landesparlamenten dann bis Ende 2011 über **Zustimmungsgesetze** in die heutigen Rundfunkbeitragsstaatsverträge (RBStV) und und Rundfunkfinanzierungsstaatsverträge (RFinStV) überführt.

In den Redebeiträgen der ersten und zweiten Lesung zum 15. RÄndStV wurde überdeutlich, dass die Parlamentarier überhaupt nicht oder nur minimal in die Prozeduren mit einbezogen waren. Selbst die parlamentarischen Fachleute wurden nicht nur zu Bittstellern, sondern zu Befehlsempfängern degradiert. Alle eingebrachten Änderungsvorschläge wurden, im Hintergrund begleitet vom ÖRR, abgeschmettert. Einige wenige Parlamentarier adressierten es offen: Wir sind nicht die Legislative, wir können nicht einmal Änderungen einbringen. Unsere Rolle beschränkt sich auf Ablehnung oder Zustimmung vorgefertigter Gesetze!

3. Klüngel der Inkompetenz: Ministerpräsidenten

Mit der Entstehung und Implementierung der Gesetze zum Rundfunkbeitrag wurde den Landesparlamenten ihre Kompetenz (Art. 70 GG) im Auftrag der Bürger (Art. 20 GG) die Legislative durchzusetzen, faktisch geraubt. Und: die Parlamentarier ließen es zu!

Unter Kurt Beck (SPD) wurde nicht nur der erste Minister der Nachkriegszeit zu Gefängnis verurteilt, sondern auch die Rechtssystematik im föderalen System zerstört. Der ÖRR wurde zum Primus inter pares, zum Staat-im-Staate transformiert, die Länder hingegen – wie die Bürger – wurden in ihren Rechten beschnitten, ja, sogar entmündigt.

Bei den Abstimmungen zum 15. RÄndStV stimmten SPD, CDU/CSU in allen sechzehn (16) Landesparlamenten zu 100% für die Annahme des Staatsvertrages. Die Grünen waren gespalten, die FDP kritisch, die Linke votierte mehrheitlich gegen die Annahmen. Das hatte Konsequenzen: In den jeweils folgenden Landtagswahlen wurde die systematisch von der Medienmacht ÖRR abgestraft, die sich gegen das „Bereicherungs- und Unterdrückungsgesetz“ gestellt hatten. FDP und Die Linke flogen reihenweise da aus den Landesparlamenten, wo sie zuvor gegen den 15. RÄndStV gestimmt hatten.

Dieses ergebnisorientierte Vorgehen des ÖRR erfuhren zuvor bereits drei (3) Ministerpräsidenten. 2002 wurde von Steinbrück (SPD), Milbradt (CDU) und Stoiber (CSU) mit dem sog. SMS-Papier letztmalig versucht, die seit 1969 ununterbrochene Finanzwucherung des ÖRR

von durchschnittlich 6,5 % p.a. einzuhegen. Für alle Drei bedeutete der gescheiterte Versuch zur Strukturreform das Ende ihrer politischen Karrieren: herbeigeführt und choreographiert vom ÖRR! Wurde Heide Simons (SPD), die das Konzept zuerst unterstützte, dann aber zurückruderte, von einem Trojaner gestürzt? Wer war der Heide-Mörder?

Seit diesen schwerwiegenden Inszenierungen gibt es keinen politischen Widerstand, keine ernstzunehmende Kritik mehr am ÖRR. Im Gegenteil. Alle politischen Akteure – vordergründig mit Ausnahme der AfD – haben sich nicht nur mit dem Monster arrangiert, sondern sind mit ihm strategische Allianzen eingegangen. Wer es aus der Politik ernsthaft wagt, den ÖRR zu kritisieren, zu beschränken oder ihn reformieren will, riskiert, aus der eigenen Partei zurückgerufen, als AfDler „getaggt“ oder zum Karriereende geführt zu werden.

An der Spitze dieser „Mediendemokratie“ steht die Kanzlerin, die über Personalrochaden, Hintergrundgespräche und Meinungsforschung – hier ist insbesondere Herr Jung von der Forschungsgruppe Wahlen, die vom ZDF beauftragt und finanziert wird, zu nennen – den öffentlichen Informationsraum beherrscht. Selbst schwerwiegende Transformationsprozesse sind gesellschafts-politisch nicht mehr im sachlichen Diskurs verankert, sondern werden in hysterischen Kampagnen ohne Sachverstand und Belastbarkeit inszeniert. Auf das Erbe der Aufklärung wird uriniert, Kompetenzen und Verantwortung werden durch Haltungen und Meinungen ersetzt. Politik kommuniziert keine Ziele / Strategien. Entscheidungen fallen im Hintergrund. Dann wird versucht, medial nach neusten psychologischen Methoden auf Bürger zu wirken, um ideologisch geprägte Agenden zu verankern. Demokratie stirbt.

4. Gerichte / BVerfG

In hunderten von Klagen wurden völlig berechnete Einwände der Bürger und Unternehmen mit teils grotesken Verrenkungen und Interpretationen abgeschmettert. Mit welcher Vehemenz insbesondere Grundrechte aberkannt wurden schockiert. Der nun sieben (7) jährige Zustand des gebrochenen Rechtsfriedens wurde dann am 18.07.2018 vom Ersten Senat des BVerfG in Beton gegossen.

Die schwerwiegenden Drehungen und Verdrehungen zwischen der ursprünglichen Konzeption des ÖRR, dem Gutachten „Finanzierung des ÖRR“ aus dem Jahr 2010 bis hin zum Urteil des Ersten Senats 2018 unter Vorsitz von „Kirchhof dem Jüngeren“ werden nachfolgend detailliert.

Ergänzend zu den Uminterpretationen des Abgabenrechts wurde ein erster Versuch unternommen, das Netzwerk aus Institutionen, Gutachten, Feiereinrichtung und Richtern darzustellen, die sich verstetigt aus dem System ÖRR umfassend finanzieren lassen.

Das Machtzentrum sind nicht Volk oder Parlamente, sondern das System ÖRR!

5. Rolle der Medien, Medienmacht des ÖRR in praxi

Der Wettbewerb zwischen Parteien ist erloschen. Der ÖRR ist nicht mehr Vierte Gewalt, sondern hat sich Eins gemacht mit Politik und Regierungen!

Die Ausgestaltung des ÖRR stellt einen erhebliche Eingriff in die Presselandschaft dar. Der Wandel der digitalen Ökonomie hat nicht nur das Werbegeschäft der Privaten einbrechen lassen. Der überfinanzierte ÖRR okkupiert einen Großteil des verfügbaren Medienbudgets – Share of Pocket – der Haushalte. Diese haben damit nicht mehr die Ressourcen in „Qualität und gute Alternativen“ zu investieren. Der ÖRR bindet heute viele Private über Kooperationen und Geld – z.B. Werbung – an sich. Die Tendenz, private Medien immer stärker unter den Rechtskreis des ÖRR und seiner politischen Aufsicht zu stellen, schadet der Vielfalt, Qualität und Demokratie.

Rechnen Sie nicht mit der Unterstützung des ÖRR, wenn Sie im Sinne freier Demokratie handeln. Sie gehen Risiken ein, wenn Sie Ihr Mandat i. S. des GG ausüben. Über das **Landeszustimmungsgesetz**, wurden der RBStV / RFinStV in S-H implementiert. Dort wäre einzugreifen. Sie haben die Möglichkeit, die **Massenverfolgung in S-H** kurzfristig zu beenden und einen Impuls zu setzen, das bis ins Mark korrupt anmutenden System ÖRR zu erneuern.

Rundfunk ist qua Art 70 GG Ihre Kompetenz! Bitte, handeln Sie!

TOP II.: ÖRR im historischen Kontext in Schleswig-Holstein (S-H)

Historische Einordnung:

1. Am 03.05.1945 wurden die „Cap Arcona“ und die „Thielbeck“ versenkt. Die Nazis hatten Kriegsgefangene und KZ-Insassen auf die Schiffe verfrachtet und vorgetäuscht, dass die Schiffe mit deutschen Soldaten belegt seien. 7.000 Menschen aus 24 Ländern starben in einem Inferno in der Lübecker Bucht.

Die Gedenktafeln, die an der Seebrücke in Sierksdorf – unweit meiner Heimatstadt – angebracht sind, schockieren. Die Wenigen, die sich im acht (8) Grad kalten Ostseewasser bis an den Strand von Sierksdorf retten konnten, wurden von Wehrmacht, SS und Volkssturm kaltblütig abgeknallt, gekeult und erstochen. „Im nur acht (8) Grad kalten Wasser endet der Totenkampf meist nach wenigen Minuten. Doch selbst wer an Land entkommt, ist nicht gerettet. Viehs: „Ich habe die SS unterhalb von unserem Lazarettzug auf Häftlinge im Wasser schießen sehen.“ Jeder Schuss habe wahrscheinlich einen Toten bedeutet: „Es waren viele Schüsse.“

Quelle: Die Welt, Die „Cap Arcona“ – eine teuflische Falle der SS, 03.05.2015

Laut Berichten wurden die, die nicht gleich erschossen wurden, mit Knüppeln und Stangen erschlagen. Das Ostseewasser färbte sich rot vom Blut. Die vielen Leichen wurden über die nächsten Wochen überall an den benachbarten Stränden der Ostsee angespült.

70 Jahre später legte Torsten Albig (SPD) medienwirksam einen Kranz zum „Gedenken an die Opfer“ nieder. Die SPD war einst die einzige Partei, die gegen Hitlers Machtergreifung gestimmt hatte. Entsprechend brutal wurde gegen ihre Mitglieder vorgegangen. Heute ist die SPD scheinbar in die Fußstapfen ihrer Häscher gestiegen und organisiert die millionenfache Massenverfolgung gegen die Bevölkerung zu 100% mit. CDU/CSU sind ebenso voll dabei.

2. Die Täterkultur wurde systematisch entwickelt. Die zerfetzten Leichname der Cap Arcona und Thielbeck hatten noch nicht ihre letzte Ruhe gefunden, da sammelten sich die NAZIs völlig unbehelligt im Landtag von Schleswig-Holstein.

„Die erste Auszählung ergab, wenig erstaunlich, dass 115 der untersuchten Abgeordneten Mitglieder der NSDAP gewesen waren. Zwischen 1950 und 1971 stellten die so Belasteten annähernd oder sogar mehr als die Hälfte aller Landesparlamentarier.“

„Insgesamt untersuchte das Team um Danker 390 Personen: alle Abgeordneten des schleswig-holsteinischen Landtages ab 1946, die 1928 oder früher geboren wurden; außerdem alle Regierungsmitglieder einschließlich der beamteten Staatssekretäre bis zum Ende der Amtszeit von Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg 1982.“

Quelle: Historiker Uwe Danker in „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ (<http://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/im-naechsten-heft/>) eine Bilanz seiner Untersuchung zu NS-Kontinuitäten in Schleswig-Holstein (Heft 1/2017. De Gruyter Verlag, München. 160 S., 16 Euro) und: Die Welt, So braun war Schleswig-Holstein nach 1945 wirklich , 09.01.2017.

Das NAZI-Regime, das blutige Schlachten, war mit der Kapitulation 1945 nicht zu Ende. Die NAZI-Kultur wurde nahtlos konsequent durch entsprechende Personalbesetzungen im nun sog. demokratischen System weitergepflegt. Die NAZIs hatten sich in die neue „politische und gesellschaftliche Mitte“ gemorpht.

3. Auswärtiges Amt – NS-Vergangenheit – Furchtbare Diplomaten – Am Donnerstag wird die Studie über die Verstrickung des Auswärtigen Amtes in der Nazi-Zeit vorgelegt. Nach '45 wurden die Nazi-Täter protegiert, die Gegner diskriminiert.

„...„Das Amt und die Vergangenheit“ entlarvt lange gehegte Legenden. Das Auswärtige Amt war nicht nur kein Hort des Widerstands. Es war auch kein Refugium altgedienter Ministerialbürokraten, die unter einer schlechten Regierung ihr Land nicht im Stich lassen wollten und einfach weiter ihren Dienst verrichteten. Es gab auch keine gezielte Infiltration durch Nationalsozialisten, die war gar nicht notwendig. Kennzeichnend für das Auswärtige Amt war vielmehr die „Selbstgleichschaltung“. Zwischen den Beamten in der Wilhelmstraße und der Regierung Hitler herrschte ein antidemokratischer und ein antisemitischer Konsens, wobei die meist

adeligen Diplomaten den traditionellen Oberschichtenantisemitismus vertraten, der weniger radikal war als der genozidale Erlösungsantisemitismus der Nationalsozialisten. Aber beide wollten den „Schandfrieden“ von Versailles überwinden und Deutschland wieder zur Großmacht machen. Nur in der Beurteilung des Kriegsrisikos gab es Differenzen.“

„... Die Schrecken des Holocaust sind auch in ihren gewaltigen Dimensionen inzwischen im Wesentlichen bekannt. Auch die tiefe Verstrickung der Ministerialbürokratie und der diplomatischen Vertretungen war für Fachleute kein Geheimnis. **Aber das Ausmaß der personellen Kontinuität nach 1945 und die Skrupellosigkeit, mit der sie durchgesetzt wurde, werden hier erstmals systematisch beschrieben.** Dabei wird auch deutlich, dass es keine Rolle spielte, ob der Außenminister der CDU, der SPD oder der FDP angehörte. ...“

Quelle: Der Tagesspiegel, 27.10.2010

4. „Nationalsozialismus – Viele Nazi-Juristen zogen direkt ins Bundesjustizministerium um – Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zeigt: In kaum einem Bonner Ministerium waren nach 1949 mehr ehemalige NSDAP-Mitglieder beschäftigt als im Justizministerium.“ Quelle: Die Zeit, 09.10.2016

BND und Bundeswehr wurde von erfahrenen Leuten des NS-Regimes aufgebaut.

5. 1991 beschwor u.a. Wolfgang Schäuble (CDU) die Gefahren der Asylantenflut herauf. Zusammen mit insbesondere der Springer-Presse – Bild und Welt – wurde der öffentliche Informations- und Debatten-Raum bis hin zur Progromstimmung vergiftet. Auch unter Mitwirkung des ÖRR! 1993 wurde das Asylrecht in Art. 16 GG mit der SPD abgeändert. Das Individualrecht wurde im neuen Art. 16a abgeschafft. Es folgten Übergriffe in Rostock und tödliche Brände in Mölln, Solingen und Lübeck. Die Rechten legten zu. Bei Landtagswahlen in Baden-Württemberg holten die REPs über 10 %, in machen Dörfern lag der Anteil bei ca. 20 %.
In diesem Milieu wurde unser Kind von einem Rundfunkbeauftragten des SWR angeschrien, genötigt und physisch in die Ecke einer Hauswand gedrängt. Es folgte ein ungeheuerlicher Datenmissbrauch der GEZ. NAZI-Deutschland war nie zu Ende.

Weit **über 20.000.000 – 20 Millionen!** – **Maßnahmen** werden seit 2013 vom ÖRR gegen die Bürger – „Inländer“ – jährlich in Deutschland ergriffen. **Täglich** werden über **3.600**

Vollstreckungen gegen Bürger exekutiert, die weder für die feudale Bereicherung noch für das Programm des ÖRR, nebst Hetze, Lüge und Kriegsgeilheit zahlen wollen oder können.

45 % der Bürger wollen für diesen ÖRR gar nichts mehr bezahlen. Wer den „Rektalfick“, ARD, den totalen Betrug von „Deutschlands Beste“, ZDF, „Du hinterrottziges Arschloch“, ARD und den perfiden „Neo-Exkrementalismus“ gegen andere Staaten und deren Spitzen nicht mitfinanzieren will, wird auch in Schleswig-Holstein nach wie vor verfolgt und „gekeult“.

Alle paar Jahre bricht es aus den Deutschen wieder hervor. Dann heißt es: Diktatur. Der deutsche Totalitarismus kommt mal von Rechts, mal von Links, mal aus der „Mitte“. Gemeinsam ist ihm immer die Hybris und Überlegenheit der Wenigen, die den Vielen diktieren, wie sie zu denken, zu meinen und zu handeln haben. Selbstbestimmung wird dann konsequent durch Zwang ersetzt. Aus dem „Grundrecht auf Wohnen“ wurde ein totalitärer Unterwerfungszwang unter das mediale Wirksystem von Parteien. Ursprünglich wurde Rundfunkrecht in S-H maßgeblich von einem Parlament gemacht, dass von Alt-NAZIs dominierten war. Die Parteien der Mitte hatten es bereits in den Sechzigern abgelehnt, die Unterwanderung weiter zu erörtern.

Nun ist es aber an der Zeit, entlang der konkreten Gesetze ein Zeichen zu setzen, dass die Methoden des NS-Regimes keine Chance mehr haben. Rundfunk ist nicht Propaganda-Werkzeug, sondern ein Vertrauensgut, das letztlich nur im Kontext von Akzeptanz und Freiwilligkeit finanziert werden kann. Die Ausgestaltung des ÖRR als psycho-faschistoide Wirk- und Orientierungs-Einrichtung zur Verhaltenslenkung zusammen mit den statuierten Massenverfolgungen sind Zeichen von Diktatur. Korruption ist ein Merkmal des Faschismus.

Ich kann für das System ÖRR – wie Millionen ehrlicher Bürger – keinen Beitrag leisten!

Schaffen Sie den Beitragszwang umgehend ab! „Amnestieren“ Sie, erwirken Sie Forderungserlass und schaffen einen neuen, intakten Informations- und Debattenraum.